

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Bezirksausschusses V.-Neviges**
am **Dienstag, dem 04.02.2020.**

(25. Sitzung)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 20:35 Uhr

Sitzungsort: im Unterrichtsraum der Feuerwache Velbert-Neviges, Siebeneicker Str. 19

Unter dem Vorsitz des Ausschussvorsitzenden, Herrn Hübinger, sind anwesend:

a) die stimmberechtigten Ausschussmitglieder:

Frau Ammann
Herr D. Athanassiou
Frau Begus-Meyer für Frau Tonscheid
Frau Doppke
Frau Eisenstein
Herr M. Gohr
Herr Horn
Frau Dr. Kanschat
Herr Meinert ab 17:45 Uhr (TOP 3) für Herrn Schröder
Herr Möller
Herr Mundt für Herrn Greco
Herr Dr. Pannen
Herr Rademacher
Frau Todisco

b) die beratenden Ausschussmitglieder:

Herr Weber
Herr Worbs

c) die beratenden Ratsmitglieder:

Frau Djuric
Herr H. Gohr
Frau Hagling
Herr Ludwig
Frau Meulenkamp

d) von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter Ostermann

zugezogen:

Herr Edler

Frau Sauerwein (TBV)

Herr Schieferstein (TBV)

Herr Wieneck (TBV)

e) von der Presse im öffentlichen Teil:

zwei Vertreter der Tagespresse

f) als Schriftführer:

Herr Welte

Der Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung des Bezirksausschusses Velbert Neviges, er begrüßt alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende stellt fest, dass es keine Änderungswünsche hinsichtlich der Tagesordnung gibt und der Ausschuss genehmigte daraufhin folgende **Tagesordnung**:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Fragestunde für Einwohner
2. Anfragen
 - 2.1 Anfrage der Fraktion Piraten Partei
Coworking-Spaces und Pop-up-Stores
 - 2.2 Anfrage der SPD-Fraktion
S-Bahnlinie 9
 - 2.3 Anfrage der SPD-Fraktion
Öffnung von Sackgassen
 - 2.4 Anfrage der SPD-Fraktion
Parkplätze im Bereich Neviges Mitte
 - 2.5 Anfrage der SPD-Fraktion
Müllabfuhr im Bereich Kirchplatz
 - 2.6 Anfrage der SPD-Fraktion
Straßenbelag im Bereich Kleiststraße / Schillerstraße
3. Domparkplatz
4. Vorstellung Projekt Motschenbrucher Bach
5. Spielplätze
6. Stadtentwicklung Neviges

7. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 412.02 – Hospitalstraße / Tönisheider Straße – und dessen öffentliche Auslegung
8. Verkehrserschließung des Wohngebietes "Wimmersberg"
- 8.1 Anfrage der CDU-Fraktion
Errichtung einer zweiten Erschließungsstraße für das Wohngebiet Wimmersberg
9. Antrag der Fraktion Velbert anders
Einladung der Schulleiter/innen der Nevigeser Schulen
10. Bericht der Verwaltung über geplante Baumentnahmen
- 10.1 Entnahme von Bäumen auf Grundstücken der TBV AöR.
- 10.2 Entnahme von Bäumen auf einem Grundstück der TBV AöR.
11. Verkehrsangelegenheiten
12. Berichtswesen
13. Nachträge
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

16. Anfragen
17. Nachträge
18. Mitteilungen der Verwaltung
19. Verschiedenes
20. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen

Die Beratung der vorstehenden Tagesordnungspunkte führt zu folgenden **Ergebnissen**:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Fragestunde für Einwohner

Ein Einwohner zeigt auf, dass bei Geschwindigkeitskontrollen auf der Zuwegung zur Schule in der Goethestraße der Standort am dortigen Kiosk nicht sinnvoll sei. Er plädiert dafür, dass näher zur Schule hin „geblitzt“ werden müsse.

Frau Hülsiepen bittet um Einsicht in die von der Verwaltung durchgeführte Berechnung, dass lediglich eine Zufahrt für das Wohngebiet Wimmersberg ausreiche. Auf ihre Frage wie viele Einwohner das Wohngebiet Wimmersberg habe, teilt die Verwaltung mit, dass dort 1.000 Menschen wohnen würden.

Der neue Eigentümer der Immobilie Bernsaustraße 1 (ehemals Kaufhaus Gassmann), Herr Nagel, nutzt die Einwohnerfragestunde um sich vorzustellen.

Herr Nagel möchte von der Verwaltung wissen, wie lange eine Nutzungsänderung für die Immobilie andauere. Herr Nagel führt aus, die Suche nach einem Mieter nicht ganz einfach sei. Der Einzelhandel reagiere eher ablehnend, Gastronomie sei auch sehr schwierig. Herr Nagel äußert sich eher zuversichtlich die Immobilie vermieten zu können, wenn die Nutzung eher in Richtung klassischer Büros und oder Praxisräume gehen würde.

Seitens der Verwaltung wird es als positiv bewertet, dass der Eigentümer, der nicht aus Neviges komme, sich hier in der Sitzung vorgestellt habe. Seitens der Verwaltung wird Herrn Nagel empfohlen sich umgehend mit dem Quartiersarchitekten, Herrn Kernche, diesbezüglich in Verbindung zu setzen und den Kontakt zur Bauordnung zu suchen. Weiter teilt die Verwaltung mit, dass sich bereits Interessenten bei der Bauverwaltung gemeldet hätten.

Die Verwaltung versichert dem Eigentümer gegenüber, dass man in der Sache kurzfristig tätig werde.

2. Anfragen

2.1 Anfrage der Fraktion Piraten Partei Coworking-Spaces und Pop-up-Stores

Vorlage: 28/2020

Nach kurzer Einführung seitens des Vorsitzenden und den Verweis auf die Ausführungen unter TOP 1, der Fragestunde für Einwohner, teilt die Verwaltung mit, dass sie sich kurzfristig mit allen Beteiligten zusammensetzen werde. Alle würden „in einem Boot sitzen“.

Seitens der Verwaltung werden zur nächsten Sitzung des BZA-Neviges nähere Informationen zugesagt.

Der Fragensteller erklärt sich mit den Antworten einverstanden.

Anfrage der Piraten-Fraktion

Für die ehemalige Gassmann-Immobilie gibt es nun einen neuen Besitzer.
In diesem Kontext haben wir die folgenden Fragen zum Sachstand:

1. Was hat die Stadt Velbert zur Ansprache von Investoren / Interessenten bisher unternommen?
2. Gab es Respons?
3. Fanden bereits Gespräche mit dem neuen Besitzer statt?
4. Was plant die Stadt in dieser Angelegenheit weiter zu tun?
5. Welche Fristen hat sie sich dazu gesetzt?

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

2.2 Anfrage der SPD-Fraktion S-Bahnlinie 9

Vorlage: 31/2020

Nach kurzer Einführung in die Thematik seitens des Ausschussvorsitzenden beantwortet die Verwaltung die beiden Fragen der SPD-Fraktion wie folgt:

1. Wie sind die seit dem Fahrplanwechsel bestehenden Probleme der S-Bahnlinie 9 entstanden?

Die Entstehung der Probleme auf der Linie S 9 ist vielschichtig und nicht alleine auf eine Ursache zurückzuführen. Grundsätzlich handelt es sich mit dem am 15.12.2019 in Kraft getretenen Fahrplanwechsel des VRR um den größten Fahrplanwechsel des VRR seit der Jahrtausendwende. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur Takte geändert, sondern auch neue Fahrzeuge eingeführt. Abellio hat die Ausschreibung für die Bedienung der Linie S 9 in einem Wettbewerbsverfahren gewonnen. Zur Bedienung der Strecke setzt Abellio aber nicht eigene Züge ein, sondern bekommt durch den VRR Züge zur Verfügung gestellt. Hier liegt bereits eine Ursache für die Probleme auf der Linie S 9, da die fabrikneuen Züge noch an einigen technischen Problemen insbesondere in der Anfangszeit gelitten haben (z.B. haben Türen nicht richtig geöffnet / geschlossen), was zu entsprechenden Verspätungen / Ausfällen geführt hat.

Gleichzeitig war insbesondere in der Anfangszeit nicht ausreichend Fahrpersonal verfügbar.

Und weiterhin hat die Fahrplanänderung insbesondere an den Knoten Essen und Wuppertal bei gleichbleibender Infrastruktur zu einem deutlich höherem Zugaufkommen geführt (in Essen + 14 %).

Die insgesamt hieraus resultierenden Verspätungen addieren sich schnell auf und wurden / werden verstärkt durch Baustellen, eingleisige Streckenführungen, Probleme an den Oberleitungen etc.

In der Konsequenz hat dies dazu geführt, dass die S 9 derzeit nicht die gesamte Strecke bedient, sondern lediglich zwischen Bottrop und Wuppertal-Vohwinkel fährt. Allerdings ist es häufiger zu der Situation gekommen, dass die S 9 bereits in Velbert-Langenberg geendet ist (nicht bis Vohwinkel gefahren ist), da durch die zuvor beschriebenen Probleme die Verspätungen sich so aufsummiert hatten, dass der Puffer in Vohwinkel (5 Minuten) nicht eingehalten werden konnte (Langenberg der letzte Bahnhof vor Vohwinkel ist, danach ist ein Wenden nicht mehr möglich).

2. Wie sollen die bestehenden Probleme gelöst werden?

Die Geschäftsführung der VGV hatte bereits vor Weihnachten Kontakt mit dem VRR aufgenommen und am 14.01.2020 einen Termin mit der Geschäftsführung der Abellio.

In dem Termin wurde mitgeteilt, dass seitens Abellio inzwischen ausreichend Fahrpersonal zur Verfügung stünde (u.a. durch eigene Ausbildung, aber auch durch die Übernahme von Fahrpersonal anderer Anbieter) und zudem nach Behebung der technischen Probleme mit den Fahrzeugen auch zusätzliche Züge eingesetzt werden können (ab Anfang Februar). Das soll dazu führen, dass sich die bisherige Pufferzeit in Wuppertal-Vohwinkel von 5 Minuten auf 35 Minuten erhöht, so dass davon auszugehen ist, dass Züge nicht mehr aufgrund von Verspätungen in Langenberg enden und die Richtung wechseln, sondern durchgehend Vohwinkel bedienen können und dort (not-)planmäßig die Richtung wechseln.

Weiterhin ist man seitens Abellio, VRR und DB in intensiven Gesprächen, um die Strecke der S 9 vollständig bedienen (bis Haltern am See bzw. bis Hagen) zu können und den Notfahrplan verlassen zu können. Hier rechnet man aber insgesamt mit einem Zeitraum bis Ende April, ehe die volle Leistung erbracht werden kann. Dabei ist festzuhalten, dass hier neben der Abellio auch der VRR und die DB an einer Lösungsfindung beteiligt sind und zu dieser beitragen müssen.

Ohne weitere Aussprache werden die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Anfrage der SPD- Fraktion

1. Wie sind die seit dem Fahrplanwechsel bestehenden Probleme der S-Bahnlinie 9 entstanden?
2. Wie sollen die bestehenden Probleme gelöst werden?

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**2.3 Anfrage der SPD-Fraktion
Öffnung von Sackgassen**

Vorlage: 32/2020

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik ein und seitens der Verwaltung erfolgt ein aktueller Sachstandsbericht zum Stand der Thematik „Öffnung von Sackgassen“ bzw. der Beschilderung „Sackgasse durchlässig für Fußgänger und Radfahrer“.

Die Verwaltung führt aus, dass die Liste des ADFC als Grundlage für die Überprüfung der Sackgassen auf Durchlässigkeit für Fußgänger und Radfahrer diene. Jede Sackgasse und auch der Schilderstandort müsse auf Umsetzbarkeit geprüft werden, was zwischenzeitlich zum Teil erfolgt sei.

Vielfach sei auch die nachfolgende Verkehrsregelung zu ändern (Fußweg für Radfahrer freigeben, Änderung von „Verbot für Fahrzeuge aller Art“ gegen „Verbot für Krafträder und Kraftfahrzeuge“, etc.) und bauliche Gegebenheiten (Wegebreiten, Oberflächenzustand, Durchfahrtsbreite bei Umlaufsperrern, etc.) zu prüfen.

Die Umsetzung soll gesammelt erfolgen, da so durch die Sammelbestellung gleichartiger Schilder eine entsprechende Einsparung möglich sei.

Ein Austausch der Beschilderung sei daher noch nicht erfolgt.

Ohne weitere Aussprache werden die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Anfrage der SPD- Fraktion

1. Wie ist der Stand zur Öffnung der Sackgassen bezüglich der Durchfahrt für Fahrradfahrer bzw. zum Durchgang für Fußgänger?
2. In welcher Sackgasse ist die Durchfahrt bzw. der Durchgang schon freigegeben worden?

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**2.4 Anfrage der SPD-Fraktion
Parkplätze im Bereich Neviges Mitte**

Vorlage: 33/2020

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik ein und seitens der Verwaltung erfolgt ein aktueller Sachstandsbericht zum Stand der Thematik „Parkplätze im Bereich Neviges-Mitte“.

Die Verwaltung führt aus, dass die Zuständigkeit für die Schaffung von Parkraum bei der TBV AöR liege und die TBV prüfen würden, ob in dem vom Antragsteller genannten Bereich zusätzliche Parkflächen eingerichtet werden können. Zudem weist die Verwaltung darauf hin, dass innenstadtnah für den Bereich obere Elberfelder Straße im Parkhaus Lohbachstraße und für den Bereich untere Elberfelder Straße der Parkplatz Auf der Beek und für die Kunden von Netto und Lidl auf dem jeweiligen Gelände der notwendige Parkraum zur Verfügung stünde.

Der Vorsitzende bittet abschließend darum, dass die Verwaltung prüfen möge, ob eine Ausweisung weiterer Parkplätze in der Wilhelmstraße (bergauf) zu realisieren sei.

Anfrage der SPD- Fraktion

Wie können zusätzliche Parkplätze in Neviges-Mitte, also im Bereich Wilhelmstraße und gegenüber der ehemaligen Stadthalle, geschaffen werden?

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

2.5 Anfrage der SPD-Fraktion Müllabfuhr im Bereich Kirchplatz

Vorlage: 34/2020

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik ein und seitens des Vertreterers der TBV erfolgt ein aktueller Sachstandsbericht zur Thematik „Müllabfuhr im Bereich Kirchplatz“.

Die Abfuhrlogistik musste aufgrund der neuen Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Rückwärtsfahren der Müllfahrzeuge geändert werden. Die Müllfahrzeuge dürfen den Bereich Kirchplatz nicht mehr so anfahren wie früher. Dies sei nunmehr verboten. Die betroffenen Bürger seien über die Änderung informiert worden und ihnen gegenüber sei die Maßnahme begründet worden.

Insgesamt seien 6 Straßen von dieser Änderung betroffen.

Anfrage der SPD- Fraktion

1. Wie erfolgt die Müllabfuhr der am Kirchplatz stehenden Häuser?
2. Wie kann das Rausstellen der Müllgefäße besser organisiert werden?

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

2.6 Anfrage der SPD-Fraktion Straßenbelag im Bereich Kleiststraße / Schillerstraße

Vorlage: 35/2020

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik ein und seitens des Vertreterers der TBV erfolgt ein aktueller Sachstandsbericht zur Thematik „Straßenbelag im Bereich Kleiststraße / Schillerstraße“.

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine Maßnahme der Stadtwerke Velbert hinsichtlich der Verlegung von Glasfaserkabel handeln würde. Es sei vorgesehen bis März sämtliche Hausanschlüsse fertig zu verlegen und unmittelbar danach werde der endgültige Straßenbelag aufgetragen.

Anfrage der SPD- Fraktion

Wann werden die Straßen im Bereich Kleist- und Schillerstraße, in denen die Gasfaserkabel verlegt wurden, mit dem endgültigen Straßenbelag versehen?

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

3. Domparkplatz

Hinsichtlich der bevorstehenden Sanierung des Domparkplatzes werden seitens des Vertreters der TBV 3 mögliche Varianten vorgestellt und darauf hingewiesen, dass der Verwaltungsrat TBV final eine Entscheidung in der Sache treffe. Die Powerpoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Variante 1 sehe 150 Stellplätze für Pkw und 2 Stellplätze für Busse sowie eine 1.300 m² große Fläche für Veranstaltungen vor.

Bei Variante 2 sei die Veranstaltungsfläche 1.900 m² groß. Somit könnte dort auch ein Zirkus gastieren oder eine Kirmes stattfinden.

Für Variante 1 und 2 gelte, dass eine Grünanlage die Fläche zwischen den Stellplätzen auflockern solle.

Die Variante 3 stamme aus dem Jahr 1974 und sei von Herrn Böhm, dem Architekten des Nevigeser Doms geplant worden. Demzufolge soll somit Platz für 168 Pkw und für 18 Busse auf dem Areal geschaffen werden.

Bevor der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Diskussion stellt, teilt der Vertreter der TBV mit, dass sich der Verwaltungsrat TBV gegen die Variante 3 ausgesprochen habe, da die Größenordnung der Parkfläche als nicht erforderlich eingestuft worden sei.

Aus der Diskussion ist folgendes festzuhalten:

- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemängelt, dass keinerlei Planunterlagen den Fraktionen im Vorfeld der Sitzung bzw. mit der Einladung zur Verfügung gestellt worden sind. Es wäre begrüßt worden die Varianten vorab fraktionsintern zu beraten.
- Der Vorsitzende und die Fraktion Velbert anders zeigen sich darüber irritiert, dass der BZA nicht zu Beginn des Verfahrens intensiv beteiligt worden sei. Die Fraktion Velbert anders verweist auf das geltende Ortsrecht. Demnach seien die Bezirksausschüsse zu Angelegenheiten, die den jeweiligen Stadtbezirk betreffen zu hören und befugt ein entsprechendes Votum /entsprechende Empfehlung abzugeben. Bei Maßnahmen der TBV müssen den BZAs zukünftig eine formale Beteiligung eingeräumt werden, so der Vorsitzende. Dies sei der eindeutig falsche Weg. Solche Vorhaben seien im BZA vorzustellen um ein Votum einzuholen.
- Seitens der CDU-Fraktion wird die Vorgehensweise moniert und sich diesbezüglich den Aussagen vom Vorsitzenden und der Fraktion Velbert anders angeschlossen.
Herr Ludwig in seiner Funktion als beratendes Ratsmitglied der CDU-Fraktion plädiert für die Realisierung der Variante 3. Somit würde sichergestellt, dass die Mühle, die als Gastronomiebetrieb genutzt werden soll, unmittelbar angefahren werden könne.
- Die Verwaltung führt aus, dass dieses Thema bereits Gegenstand der Beratungen im BZA-Neviges gewesen sei. Die Gestaltung des Domparkplatzes sei u.a. im Zusammenhang mit dem Integrierten Handlungskonzept thematisiert worden und auch bezüglich der Mittelbereitstellung in Höhe von 400.000,- €. Es sei so, dass die Realisierung der Maßnahme bei den TBV liegen würde. Zudem stünden noch Abstimmungsgespräche mit dem Amt für Denkmalpflege, was die Gestaltung des Parkplatzes angehe, an.
Die Variante 3 finde bei dem Amt für Denkmalpflege überhaupt keine Zustimmung. Man sei bei der Realisierung der Maßnahme Ensemble Schloss Hardenberg auf eine gute Zusammenarbeit mit der Denkmalbehörde angewiesen und die politischen Gremien würden am Verfahren weiter entsprechend beteiligt, so die Verwaltung.

- Die Frage der SPD-Fraktion, ob auch Stellplätze für Wohnmobile explizit vorgesehen seien, wird vom Vertreter der TBV verneint. Für Wohnmobile sei kein offizieller Platz vorgesehen.
- Seitens der SPD-Fraktion wird dafür plädiert, nicht nur einen Parkplatz anzulegen, sondern auch zugleich für eine entsprechende Infrastruktur zu sorgen (z.B. Strom-, Wasser- und Abwasserleitungen)
Nach Auffassung der SPD-Fraktion sei die Flexibilität (der Nutzbarkeit) des Areals bei der Variante 2 am größten und spricht sich für Variante 2 aus.
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich „spontan“ ebenfalls für Variante 2 aus. Allerdings seien noch ein paar Fragen zu klären.
- Auf Nachfrage aus dem Ausschuss verdeutlicht die Verwaltung, dass je nach Art der Nutzung der Stellplätze (Z.B. Zirkus und / oder Kirmes) diese gänzlich wegfallen würden.
- Die Fraktion Velbert anders findet lediglich 2 Stellplätze für Reisebusse „ein bisschen wenig“. Schließlich sei Neviges ein Wallfahrtsort.
- Der Vorsitzende stellt die Frage, ob der Parkplatz bewirtschaftet werde und merkt an, dass die aktuell praktizierte Vorgehensweise „nicht sehr kundenfreundlich“ sei. Er plädiert dafür auf jeden Fall eine andere Lösung zu finden als derzeit.
- Die Fraktion Die Linke favorisiert die Variante 2.

Abschließend resümiert der Vorsitzende, dass der BZA-Neviges ohne Beschlussfassung sich eher für die Variante 2 ausspreche.

Zudem bittet der Vorsitzende den eventuellen Schriftwechsel zwischen der Verwaltung und dem Amt für Denkmalpflege in Sachen Sanierung des Domparkplatzes den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

4. **Vorstellung Projekt Motschenbrucher Bach**

Auf Bitte der Fraktion Die Linke in der letzten Sitzung des BZA-Neviges gibt die Vertreterin der TBV einen aktuellen Sachstandsbericht zur laufenden Baumaßnahme im Bereich Motschenbrucher Bach.

Im Rahmen einer PowerPoint Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, geht die Vertreterin der TBV auf folgende Punkte detailliert ein:

- Historie-Neuaufnahme 1892
bis 1927 – Hof und Landwirtschaft
1927- 1998 – Tongrube und Werk
- 1980er Jahre – Verrohrung Bach und Bodeneinbau
- 2017-Abschluss der Verfüllung
- Nutzung des Motschenbrucher Baches
- Zielsetzungen Gewässer und Entwässerung
- 2006-2020-Umsetzung der Bebauungspläne, Renaturierung
Ablauf der Renaturierung
- 2007-1. Bauabschnitt m Motschenbrucher Baches

- 2020-2. Bauabschnitt Motschenbrucher Baches
- Wirkung der Maßnahme

Auf Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich der Eigenschaften des Gewässers, warum dieses so schlammig sei, was u.U. im Bachverlauf abgetragen würde und wie lange dieser Zustand noch andauern würde, teilt die Vertreterin der TBV mit, dass das im Bach geführte Wasser grundsätzlich schlammig sei, dieser Zustand relativ normal sei und aktuell aber auch zum großen Teil als Folge der Baumaßnahmen resultieren würde.

Die Verschlammung des Baches werde stets beobachtet und gegebenenfalls entsprechend eingegriffen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

5. Spielplätze

Auf Nachfrage / Bitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der letzten Sitzung des BZA-Neviges wird seitens der TBV die Kategorisierung von Spielflächen erläutert und dabei auf den Spielplatz zum Tellerhof konkret eingegangen.

Der Vertreter der TBV führt im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, aus, dass die Spielplätze bei der Kategorisierung je nach Versorgungsfunktion und Zielgruppe in drei verschiedene Typen, d. h. Typ A, B oder C auf Grundlage des Runderlasses des Ministeriums NRW „Bauleitplanung - Hinweise für die Planung von Spielflächen“ unterteilt werden.

Der Spielplatz Typ A hat eine Versorgungsfunktion für einen Ort / Ortsteil und bedient alle Altersgruppen. Sein zugeordneter Einzugsbereich verfügt über einen Radius von 1000 m.

Die Versorgungsfunktion für einen Spielplatz Typ B, wie zum Beispiel der Spielplatz am Tellerhof, zielt auf einen Wohnbereich und für schulpflichtige Kinder, d. h. Kinder bis zwölf Jahre, ab; hierbei hat der zugeordnete Einzugsbereich einen Radius von 500 m. Aktuell leben im Umkreis von 500 m des Spielplatzes Tellerhof 88 Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren und insgesamt 172 Kinder im Alter von 0 bis zwölf Jahren.

Der Spielplatz Tellerhof sei aktuell ausgestattet mit einem Sandkasten, einem Spielhaus, drei Wipp-Tieren und einer Kleinkinderschaukel für die Kleinkinder. Zudem befinden sich auf dem Spielplatz eine Mehrfachschaukel, ein Klettergerät / Rutsche ein Balltrichter und eine Tischtennisplatte.

Bei den Spielplatz Typ C geht man von einer Versorgungsfunktion für einen Wohnblock und als Zielgruppe für Kleinkinder (0-6 Jahre) aus. Der zugeordnete Einzugsbereich für einen Spielplatz Typ C hat lediglich einen Radius von 200 m.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

6. Stadtentwicklung Neviges

Die Verwaltung trägt vor, dass ein Förderantrag für das Integrierte Handlungskonzept bei der Bezirksregierung in Düsseldorf eingereicht worden sei und Landesmittel entsprechend beantragt worden seien.

Der Antrag beinhalte eine Mittelzuwendung für das Jahr 2020, die allerdings wohl gesichert sei.

7. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 412.02 – Hospitalstraße / Tönisheider Straße – und dessen öffentliche Auslegung
Vorlage: 12/2020

Die Verwaltung führt in die Thematik ein, erörtert den Sachverhalt und begründet den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Der Geltungsbereich der Bebauungsplanaufstellung umfasse in erster Linie die Flächen des stillgelegten Elisabeth-Krankenhauses in Neviges. Die Nutzung als Krankenhaus wurde 2014 endgültig aufgegeben. Der Eigentümer beabsichtigte die Flächen zu veräußern, für eine neue Entwicklung nutzbar machen und hat daher 2014 die Änderung des Bebauungsplans beantragt. Von 2015 bis 2018 wurde das Gebäude durch die Stadt Velbert vorübergehend als Flüchtlingsunterkunft genutzt. Ende 2018 wurde die Fläche mit den Gebäuden an den heutigen Eigentümer verkauft.

Der ursprüngliche Bebauungsplan 412 – Hospitalstraße / Löher Straße – sei bereits mehrfach geändert worden und setze Bauflächen für Geschosswohnungsbau fest. Dabei seien die Baugrenzen teilweise noch am Krankenhausbestand orientiert. Eine Nachnutzung der bestehenden Gebäude sei aus heutiger Sicht nicht realisierbar und städtebaulich auch nicht sinnvoll. Das Gelände weist einen Höhenunterschied bis zu 20m aus, der eine Erschließung auf verschiedenen Ebenen notwendig mache. Der größte Teil des Geltungsbereiches werde im Bestand durch die Nutzung des ehemaligen Elisabeth-Krankenhauses bestimmt.

Als Ziel der Planung wird von der Verwaltung die Entwicklung der Flächen des leer stehenden ehemaligen Krankenhauses beschrieben. Entsprechend den Zielen des Integrierten Handlungskonzeptes soll die Fläche genutzt werden, um neue innerstädtische Wohnflächen im Ortskern von Neviges zu schaffen.

Mit dieser Entwicklungsfläche in fußläufiger Entfernung zur Fußgängerzone im historischen Ortskern und den sehr guten ÖPNV-Anbindungen, stelle der Standort eine der wichtigsten Potenzialflächen in Neviges dar.

Geplant sei eine Bebauung mit Geschosswohnungen in sechs freistehenden Baukörpern. Entlang der Tönisheider Straße sollen zwei Gebäude entstehen. Da die Tönisheider Straße zum Ortskern abfällt, passen sich die Gebäude dem Gelände an und sind in der Höhe gestaffelt. Im nördlichen Teil des Grundstücks sollen vier etwas kleinere „Stadtvillen“ entstehen, die sich von der Hospitalstraße zur Löher Straße staffeln. Eine Treppenanlage zwischen Hospitalstraße und Löher Straße erschließt die vier Gebäude fußläufig. Im Untergeschoss befinden sich 80 Tiefgaragenplätze, die von der Tönisheider Straße erschlossen sind und barrierefreie Zugänge zu den Wohnungen ermöglichen. Insgesamt können so ca. 53 Wohnungen entstehen die mit einer Ausrichtung von Südost bis Südwest gut belichtet sind.

Der Bebauungsplan ersetze bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 412.01 – Hospitalstraße -, Nr. 412 – Hospitalstraße / Löher Straße 1. Änderung und Nr. 412 – Hospitalstraße / Löher Straße - 3. Änderung., so die Verwaltung.

Aus der Diskussion bleibt folgendes festzuhalten:

- Die Frage der Fraktion Velbert anders, ob die Dächer begrünt würden, wird seitens der Verwaltung bestätigt. Es würde zudem ein Wasserreservoir angelegt werden, so dass im Falle von Starkregen gar nicht so viel Wasser in die Kanalisation gelangen würde. Zudem würde somit vermieden, dass bei längeren Trockenperioden im Sommer die Pflanzen explizit gewässert werden müssten.
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich dankbar dafür, dass sich überhaupt ein Investor trotz des schwierigen Höhenunterschiedes von 20 m und des Altbauabrisses gefunden habe. Weiter spricht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Lob für das vorliegende Klimagutachten aus, begrüßt die Verwendung regenerativer Energien und die Tatsache dass Stellplätze für E-Fahrzeuge in den Planungen enthalten seien.

Die Bebauung sei ein wichtiger Beitrag um den Bereich aufzuwerten. Man könne froh sein, dass mehr Mehrfamilienhäuser gebaut würden und es sei schade,

dass kein sozialer Wohnungsbau entstehe. Die Durchführung der Artenschutzmaßnahmen wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen explizit begrüßt und hervorgehoben.

- Seitens der SPD-Fraktion wird auf die Höhenproblematik hingewiesen und sich gegen die Anzahl der geplanten Stockwerke ausgesprochen. Zudem wird auf die schon derzeit bestehende angespannte Parkplatz- und Verkehrssituation im Bereich im Koven angesprochen.
- Herr Ludwig in seiner Funktion als beratendes Ratsmitglied der CDU-Fraktion äußert seinen Unmut hinsichtlich der Höhe der Neubauten. Das sei ihm alles ein „bisschen zu hoch“. Zudem moniert er die krassen Höhenunterschiede im Vergleich zur angrenzenden Bestandsbebauung.
Nach seiner Auffassung müssten mindestens zwei Stellplätze pro Wohneinheit eingeplant werden und zusätzlich sollten auch Stellplätze noch für Besucher zur Verfügung stehen.
- Der Vorsitzende stellt einvernehmlich fest, dass die Sitzung unterbrochen wird um den anwesenden Architekten/Investor die Möglichkeit einräumen zu können, das Projekt vorstellen zu können und um auf aufkommende Fragen zu antworten.
(Die Sitzung war in der Zeit von 18:55 bis 19:07 Uhr unterbrochen.)
 - *Der Investor trägt vor, dass er nach der Präsentation der ersten Pläne hier im Ausschuss seine Vorschläge zur Abstufung aufgenommen habe. Dazu weist der Investor darauf hin, dass die Material- und Handwerkerpreise durch die Decke gehen. Dem Investor sei es wichtig, auf die unmittelbaren Nachbarn zuzugehen. Deshalb habe man mit den angrenzenden Eigentümern eine gute Lösung gefunden.*
- Die Fraktion Die Linke lehnt das Vorhaben grundsätzlich ab. Zum einen gefalle der Bau der riesigen Klötze nicht und zum anderen werde die Bebauung abgelehnt, da keine Sozialwohnungen geschaffen würden.
- Herr Beigeordneter Ostermann hält angesichts des Investitionsaufwands an dieser Stelle sozialen Wohnungsbau für eine Illusion und fügt hinzu, dass man mit dieser Planung für Neviges nach vorne kommen werde. Mit dem Bau von sechs Wohnhäusern auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhaus sowie weiteren Wohneinheiten im Alten Rathaus/Alter Post und rund ums David-Peters-Haus soll der Ortskern durch zusätzliche Einwohner gestärkt werden. Anders werde die gewünschte Neubelebung von Neviges schwerlich gelingen.
- Der Vorsitzende empfindet die Höhenentwicklung in der Tönisheiderstraße als zu hoch, vor allem im Bereich von Haus Nummer 13 und lehnt dieses Vorhaben deshalb ab.
Die SPD-Fraktion schließt sich der Meinung des Vorsitzenden an und begründet ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Vorhaben damit, dass dem geäußerten Wunsch bei der ersten Vorstellung des Projektes im Ausschuss, eine Etage insgesamt weniger zu bauen, nicht gefolgt sei und somit dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne.
- Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Sitzung in der Zeit von 19:20 bis 19:30 Uhr zwecks internen Beratungsbedarf unterbrochen.
- Seitens der SPD-Fraktion wird ein Abänderungsantrag gestellt.
Dem Antrag, dass dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 412.02 – Hospitalstraße / Tönisheider Straße – mit Begründung nur unter der Voraussetzung zugestimmt wird, dass bei den beiden vorderen Häusern in der Tönisheider Straße jeweils ein Vollgeschoss weniger gebaut werde, wird bei 5 Stimmen dafür (SPD; Die Linke) und 10 Gegenstimmen bei 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 412.02 – Hospitalstraße / Tönisheider Straße – mit Begründung wird zugestimmt.

2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 412.02 – Hospitalstraße / Tönisheider Straße – mit Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür
5 Stimmen dagegen (SPD; Die Linke)
0 Enthaltungen

8. **Verkehrerschließung des Wohngebietes "Wimmersberg"**

Nach kurzer Einführung seitens des Vorsitzenden in die Thematik und der Feststellung des Einvernehmens die Tagesordnungspunkte 8 und 8. 1 zusammengefasst zu beraten, fordert die CDU-Fraktion mit Vehemenz eine zweite Anbindung an das Baugebiet Wimmersberg.

Seit 20 Jahren sei dies ein Thema. Die Geduld der Anwohner sei auf dem Nullpunkt. Es müsse etwas passieren. Dass sich in der Sache nichts tue, könne nicht weiter hingenommen werden. Es müsse ein Weg gefunden werden für eine zweite Zufahrt in Richtung Wülfrather Straße, damit der gesamte Verkehr nicht allein über die Wimmersberger Straße liefe. Die CDU-Fraktion geht bei ihrer Ausführung auch auf den „Sicherheitsaspekt“ ein. Es werden Szenarien aufgezeigt bei denen eine zweite Zufahrt u.a. für Feuerwehrfahrzeuge von Vorteil wäre.

Die Verwaltung schildert den aktuellen Zustand und führt aus, dass derzeit 1.000 Einwohner im Bereich Wimmersberg wohnen würden. Das Vorhandensein lediglich einer Zufahrt zu dem Wohngebiet sei zulässig und der Zustand somit nicht rechtswidrig.

Eine Zuwegung zum Wohngebiet für 1.000 Einwohner sei rechtlich vertretbar.

Es gäbe bei einer möglichen Verkehrsänderung nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer.

Weiter führt die Verwaltung aus, dass sie z.B. einen Beschluss zum Anlass nehmen könne um in Kontakt mit den Beteiligten (Grundstückseigentümern) zu treten und auf deren Einsicht zu hoffen. Man werde unaufgeregt an die Sache herangehen und die Eigentümer aufsuchen, denn es sei schließlich anderer Leute Grund und Boden. Es könne kein Zwang ausgeübt werden.

Es wird seitens der Verwaltung zugesagt Gespräche mit den Beteiligten zu führen mit der Zielsetzung ein Weiterkommen in der Sache zu erreichen und dem Ausschuss bei Gelegenheit zu berichten. Es wird dafür plädiert sich für die Gespräche Zeit nehmen zu können. Man könne keine Gespräche mit Druck führen.

Die Frage, ob es derzeit verschiedene Varianten bzw. Ideen zu einer möglichen Linienfindung für die neue Straße geben würde, wird verneint.

Die Frage wie die Verwaltung die Chancen einschätze, zukünftig eine Lösung für dieses Problem zu finden, könne nicht beantwortet werden.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag ggf. im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens eine zweite Zuwegung für das Wohngebiet zu realisieren. Mit Freiwilligkeit gehe es wohl nicht; eher mit Druck und Zwang sei dies zu realisieren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vertritt die Auffassung, dass Probleme die die Politik selbst erzeugt habe, nicht anderen in die Schuhe geschoben werden könnten.

Die Verkehrssituation sei vor dem Neubau bekannt gewesen. Man sei sich im Klaren gewesen, dass das Verkehrsaufkommen zunehmen würde. In der vorliegenden Situation von Enteignung zu sprechen, sei ein „Unding“.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, diese Thematik als Dauertagesordnungspunkt zukünftig auf die Tagesordnung zu setzen.

Auf den Hinweis der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass diese Thematik sich bereits im Berichtswesen wiederfinde und somit in jeder Sitzung thematisiert werden könne, teilt der Vorsitzende mit, dass er die Tagesordnung letztendlich festsetze.

**8.1 Anfrage der CDU-Fraktion
Errichtung einer zweiten Erschließungsstraße für das Wohngebiet Wimmersberg**
Vorlage: 29/2020

Die Tagesordnungspunkte 8 und 8.1 sind zusammengefasst beraten worden.
Die Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs erfolgt unter Tagesordnungspunkt 8.

Anfrage der CDU-Fraktion

1. Welche Gespräche wurden bislang mit den Grundstückseigentümern geführt?
2. Gibt es verschiedene Varianten bzw. Ideen zu einer möglichen Linienfindung für die neue Straße?
3. Wie schätzt die Verwaltung die Chancen ein, zukünftig eine Lösung für dieses Problem zu finden?

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**9. Antrag der Fraktion Velbert anders
Einladung der Schulleiter/innen der Nevigeser Schulen**
Vorlage: 39/2020

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik ein und der BZA-Neviges stimmt einmütig zu, diesen verfristet eingereichten Antrag der Fraktion Velbert anders zum Gegenstand der Beratung in der heutigen Sitzung zu machen.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion nach dem Grund für diesen Antrag zum jetzigen Zeitpunkt (keine Haushaltsplanberatungen) teilt die Fraktion Velbert anders mit, dass es früher üblich gewesen sei, dass die Schulleiter/innen der Nevigeser Schulen die Situation der jeweiligen Schule im Ausschuss schildern konnten und eine Schulleiterin sich mit dieser Bitte an die Fraktion gewandt habe.

Ohne weitere Wortmeldungen kommt es zur Abstimmung.

Antrag der Fraktion Velbert anders

Es wird beantragt, dass in der nächsten BZA-Sitzung die Schulleiter/innen der Nevigeser Schulen zur Sitzung eingeladen werden und über ihre Schulen berichten und für Fragen zur Verfügung stehen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

10. Bericht der Verwaltung über geplante Baumentnahmen
10.1 Entnahme von Bäumen auf Grundstücken der TBV AöR.
Vorlage: 514/2019

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik ein und macht darauf aufmerksam, dass für die insgesamt fünf zu entnehmenden Bäume laut Vorschlag der Verwaltung lediglich eine Ersatzpflanzung vorgesehen werde.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird eindringlich dafür plädiert, dass für jeden zu entnehmenden Baum mindestens auch eine Ersatzpflanzung, gegebenenfalls auch an einem anderen Standort, zu erfolgen habe und ein entsprechender Antrag gestellt.

Daraufhin stellt der Vorsitzende nachfolgenden Beschluss zur Abstimmung.

Über den Beschluss der Verwaltung wird folglich nicht abgestimmt.

Beschluss:

Den Baumfällungen wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im BZA-Neviges gefasster Beschluss:

1. Den 5 Baumentnahmen wird zugestimmt.
2. Für die vier zu entnehmenden Bäume in den Bereichen
 - a) Dönberger Straße 22/Goethestraße Spielplatz/Bolzplatz und
 - b) Bernsaustraße / Busbahnhofsind an anderer Stelle im Stadtgebiet vier Ersatzpflanzungen von heimischen Bäumen vorzunehmen.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Enthaltung (CDU)

10.2 Entnahme von Bäumen auf einem Grundstück der TBV AÖR.

Vorlage: 18/2020

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik ein und stellt fest, dass für die zehn zu entnehmenden Bäume auch zehn Ersatzpflanzungen vorgesehen seien. Nach Klärung der Frage der Fraktion Velbert anders nach der konkreten Ortsangabe des Ausbau der Planstraße (Trampelpfad wird ausgebaut), kommt es ohne weitere Wortmeldung zur sofortigen Abstimmung.

Beschluss:

Den Baumfällungen wird zugestimmt

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

11. Verkehrsangelegenheiten

Auf den Hinweis der Fraktion Velbert anders, im Zusammenhang mit der grundsätzlichen aktuellen Parkplatzproblematik in Neviges-Mitte, dass auf einem Stellplatz im Bereich der alten Schule in der Tönisheiderstraße mehrere Wohnmobile schon seit längerer Zeit geparkt würden, teilt die Verwaltung mit, dass es legitim sei, dass sie Wohnmobile dort geparkt würden und dafür auch eine Gebühr bezahlt würde.

12. Berichtswesen

Vorlage: 5/2020

Das Berichtswesen ist Bestandteil der Einladung zu der heutigen Sitzung des BZA-Nevi- ges gewesen. Die Verwaltung nimmt auf Fragen aus dem Ausschuss zu einzelnen Punkten des Berichtswesens Stellung und erläutert die jeweiligen Sachverhalte / Ent- scheidungen detailliert und / oder konkretisiert Antworten nochmals.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion hinsichtlich der Thematik „Prüfung, ob im Bereich der „scharfen Kurve“ der Hugelstrae die Beleuchtung der Strae verbessert werden kann“, teilt der Vertreter der TBV mit, dass nunmehr eine Antwort der Stadtwerke Velbert vor- liegen würde.

Das vorhandene Problem könnte durch den Austausch stärkerer Leuchtmittel nicht be- hoben werden. Die Installation einer zusätzlichen Laterne sei sinnvoll. Hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise schlägt der Vertreter der TBV vor, dass sei- tens der Politik ein entsprechender Antrag zur nächsten Sitzung des Verwaltungsrates der TBV eingereicht werden sollte. Ein entsprechender Beschluss des Verwaltungsrates der TBV sei in dieser Angelegenheit erforderlich.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte im Zusammenhang mit der Frage, „ob eine Verkehrsberuhigungsmaenahme für das gesamte Viertel Jakob-Luneschlo-Strae, Paulstrae, Zum Jahnsportplatz (nördlicher Abschnitt) und Gustavstrae eingerichtet werden könne“, darüber informiert werden, welche baulichen Voraussetzungen für eine Kennzeichnung als verkehrsberuhigte Bereich den Straen fehlen würden. Seitens der Verwaltung wird eine entsprechende Antwort / Klärung zugesagt.

Seitens der Fraktion Die Linke werden die Ausfuhungen der Verwaltung zu der Thema- tik „Errichtung von Kurzzeitparkplatzen in der unteren Elberfelder Strae“ „erheblich an- gezweifelt“.

Es wird infrage gestellt, ob ein Fahrzeug der Feuerwehr überhaupt bis zu dieser Stelle in die Strae einfahren und den dortigen Straenbereich als Aufstellfläche nutzen könnte. Es wird um umgehende Prüfung gebeten.

Seitens der Verwaltung wird eine entsprechende Antwort / Klärung zugesagt.

Die Fraktion Die Linke plädiert zum wiederholten Male, dass die Verwaltung doch bitte nunmehr dafür Sorge tragen möchte, dass auch tatsächlich kurzfristig die Aufstellung eines Wartehäuschen an der Bushaltestelle Lilienstrae in Fahrtrichtung Wuppertal rea- lisiert wird.

Seitens der Fraktion Velbert anders wird darauf aufmerksam gemacht, dass nach wie vor im Bereich der oberen Fugangerzone (im Bereich der dortigen Sparkassen) Geh- wegplatten locker seien und um Abhilfe gebeten.

Der Vertreter der TBV nimmt den Hinweis auf und sagt eine Klärung / Erledigung zu.

Auf Nachfrage der Fraktion Piraten Partei hinsichtlich der Thematik „Rückschnitt der Bäume im Bereich der Lilienstrae, damit das Licht der Straenbeleuchtung bis auf den Gehweg gelangen kann“, teilt Vertreter der TBV mit, dass sich der Beschwerdeführer doch bitte mit Herrn Wieneck in Verbindung setzen möge.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

13. Nachträge

Nachträge liegen nicht vor.

14. **Mitteilungen der Verwaltung**

Es erfolgen keine Mitteilungen der Verwaltung.

15. **Verschiedenes**

Auf den Hinweis der Fraktion Die Linke, dass sich in der Hohenbruchstraße im Bereich vor einer Garageneinfahrt eine Straßenlaterne befinden würde, teilt der Vertreter der TBV mit, dass seitens der TBV niemals eine Straßenlaterne vor eine vorhandene Garage gesetzt werde. Es sei im vorliegenden Fall davon auszugehen, dass die Laterne zuerst an dieser Stelle installiert und die Garage erst im Nachgang dort aufgestellt worden sei. Dies sei nunmehr eine Angelegenheit des Besitzers der Garage.

Die Verwaltung teilt auf Nachfrage der Fraktion Velbert anders mit, dass der Umwelt- und Planungsausschuss hinsichtlich der Thematik „Kleine Höhe“ regelmäßig über den aktuellen Sachstand unterrichtet werde. Der Umwelt- und Planungsausschuss werde regelmäßig in seinen Sitzungen über den aktuellen Stand des Bauleiterverfahren unterrichtet und die von der Stadt Velbert diesbezüglich abgegebenen Stellungnahmen werden dort im Ausschuss vorgestellt.

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt die Verwaltung einen aktuellen Sachstandsbericht zum Ensemble Schloss Hardenberg im Zusammenhang mit der Erstellung von Fördermittelanträgen bzw. zum Stand der Beantragung. Man befinde sich diesbezüglich aktuell im regelmäßigen Austausch / Dialog u.a. mit der Denkmalschutzbehörde.

Die Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob das Ensemble Schloss Hardenberg nicht eigentlich ein Dauertagesordnungspunkt sei, wird sowohl vom Vorsitzenden als auch von der Verwaltung verneint.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird an die übrigen im Rat der Stadt Velbert vertretenen Fraktionen appelliert, zukünftig anstelle von möglichen Anfragen doch lieber Anträge einzureichen. Bei Anfragen bestünde seitens des Ausschusses keine Möglichkeit entsprechende Nachfragen zu stellen und oder Anträge stellen zu können.

Der Vorsitzende erinnert in Anlehnung an Tagesordnungspunkt 2.4 „Anfrage der SPD-Fraktion; Parkplätze im Bereich Neviges Mitte“ die Verwaltung / TBV AöR nochmals daran zu prüfen wo in Neviges-Mitte zusätzliche Parkplätze geschaffen werden können.

Als mögliches Beispiel für weitere Parkplätze führt der Vorsitzende die Wilhelmstraße (bergauf) an. Die Errichtung von Stellplätzen an dieser Stelle würde unter anderem zu einer Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit führen, was ein positiver Nebeneffekt sei.

Seitens der Fraktion Die Linke wird gegen den VRR im Zusammenhang mit der aktuellen Problematik der S-Bahnlinie S9 gewettert. Es wird dafür kein Verständnis aufgebracht, dass eine Fraktion hier im Ausschuss eine Anfrage stellt, wobei doch die eigene Partei, sprich die SPD, die gemeinsam mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der CDU im Verwaltungsrat des VRR sitzen, für diese Situation verantwortlich sei.

Seitens der Fraktion Die Linke sei beim VRR bereits vor der Auftragsvergabe an Abellio auf das Eintreten dieses aktuellen Szenarios hingewiesen worden.

Die Fraktion Die Linke nehme die aktuelle Situation zum Anlass um gegen den VRR vorzugehen. Die Fraktion Die Linke habe diesbezüglich sich bereits an den Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen und an den Landesrechnungshof gewandt.

Niederschrift:

Seite - 536 -

Ende der öffentlichen Sitzung gegen 20:30 Uhr

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

_gez._____
(Hübinger)
Vorsitzender

_gez._____
(Welte)
Schriftführer